

Bedingungen für Mutterschaft verbessern!

Offener Brief an die politischen Parteien der Schweiz

Jede siebte Mutterschaft führt zu einer Kündigung. Die Tendenz ist seit einigen Jahren steigend. 10 Prozent der Frauen wird nach dem Mutterschaftsurlaub gekündigt. Andere Mütter kündigen selbst, bzw. werden zur Kündigung gedrängt. Zu den meisten dieser «freiwilligen» Kündigungen kommt es, weil eine Senkung des Pensums durch den Arbeitgeber verweigert wird.¹

Das Problem der Diskriminierung von Müttern am Arbeitsplatz ist gross. Die registrierten Fälle häufen sich und die Dunkelziffer dürfte noch viel höher sein. Denn nach einer Geburt fehlen oft zeitliche und finanzielle Ressourcen wie auch die nötige Energie, um rechtlich gegen einen Entscheid vorzugehen oder die persönliche Situation öffentlich zu thematisieren.

Zwei parlamentarische Initiativen setzen sich für eine Verbesserung der arbeitsrechtlichen Situation von Müttern und Vätern ein. Die Initiative von Mathias Reynard verlangt einen um zwei Wochen verlängerten Kündigungsschutz für Mütter. Und diejenige von Nadine Masshardt fordert einen Rechtsanspruch auf die Reduktion des Beschäftigungsgrads für Mütter und Väter nach einer Geburt oder Adoption.

Die beiden wichtigen Anliegen werden abgeschmettert. In der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats haben sich mit Ausnahme der Grünen und der SP sämtliche Parlamentarier*innen geschlossen gegen minimale Verbesserungen gestellt. Sie haben sich somit dafür entschieden, die Diskriminierung von Müttern am Arbeitsplatz schlicht zu ignorieren. Zugleich beklagen sich nicht zuletzt bürgerliche Politiker*innen immer wieder darüber, dass zu viele Frauen nach dem Mutterwerden der Erwerbsarbeit fernbleiben würden.

Die Bedingungen für Mutterschaft müssen sich in der Schweiz verbessern. Wir brauchen einen Kündigungsschutz, welcher der Tatsache Rechnung trägt, dass rund 80 Prozent der Mütter ihre Mutterschaftszeit auf eigene Kosten verlängert.² Und wir brauchen ein Recht auf die Reduktion des Beschäftigungsgrads: zum einen, um Müttern den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben zu erleichtern, zum anderen, um Eltern eine gute Betreuung der kleinen Kinder zu ermöglichen.

¹ <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/karriere/jede-siebte-mutterschaft-fuehrt-zur-kuendigung/story/12738678>. <https://www.handelszeitung.ch/beruf/schweizer-firmen-entlassen-junge-mutter>.

² https://www.buerobass.ch/fileadmin/Files/2018/BSV_2018_ErwerbsunterbruecheGeburt_Schlussbericht.pdf

Wir fordern:

- **Einen Kündigungsschutz für Mütter für die Dauer eines Jahres nach Geburt ihres Kindes.**
- **Ein Recht auf die Reduktion des Beschäftigungsgrads während der Dauer dieses Jahres um bis zu 30 Prozent.**
- **Ein 48 Monate dauerndes Recht, die Reduktion des Beschäftigungsgrads wieder rückgängig zu machen.**

Wir unterstützen die Standesinitiative des Kantons Tessin, die ebendiese Forderungen stellt.

Juni 2020, Eidgenössische Kommission dini Mueter (EKdM), Kontakt: mail@ekdm.ch

Die EKdM vereint Mütter, Grossmütter, bezahlte und unbezahlte Kinderbetreuerinnen, Kita- und Tagesschulmitarbeiterinnen, Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen und Tagesmütter. Die EKdM setzt sich für gute Bedingungen für gute Kinderbetreuung ein. Sie berät Rätinnen und Räte in Sachen feministische Mütterpolitik. Sie interveniert in die politische Debatte und legt den Finger auf die skandalösen Bedingungen von Mutterschaft und Kinderbetreuung in der Schweiz und anderswo.